



Regierungsratsbeschluss vom 01. September 2026

Nationalrat, Kommission für Rechtsfragen; 20.445 n Pa. IV. Suter. Neuer Straftatbestand Cybermobbing; Vernehmlassung

P260802

1. Der Regierungsrat genehmigt das vorgelegte Antwortschreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die vom Bund vorgeschlagene Schaffung eines Straftatbestands Cybermobbing, beantragt aber eine Schärfung der Formulierung. Ein spezifischer Straftatbestand kann dazu beitragen, Betroffene besser zu schützen, die besondere Dynamik systematischer Herabsetzung und Ausgrenzung zu erfassen sowie den Strafverfolgungsbehörden eine klarere Grundlage für ihr Handeln zu bieten. Andererseits sind die praktischen Herausforderungen des neuen Straftatbestands erheblich. Es ergeben sich anspruchsvolle Fragen der Beweisführung, der Abgrenzung zu gewöhnlichen Konflikten sowie der Verhältnismässigkeit strafrechtlicher Interventionen. Zudem können die erforderlichen Ermittlungen für Opfer belastend und für die Strafverfolgungsbehörden ressourcenintensiv sein.

